

# Grüne für Nukleare Abrüstung – JETZT

**Vor der BDK vom 11.-13. Juni 2021 fordern wir unsere Partei auf, sich auch tatsächlich für nukleare Abrüstung einzusetzen: in einem konkreten und überschaubaren Zeitrahmen.** Im ursprünglichen Vorschlag<sup>1</sup> zur atomaren Abrüstung waren leider keine konkreten Schritte enthalten. Wir müssen im Wahlprogramm konkrete Abrüstungsschritte für den Fall einer Regierungsbeteiligung verankern und damit klar machen, dass Deutschland mit uns in der Regierung innerhalb der nächsten Legislaturperiode:

- 1. keine neuen Trägersysteme für Atomwaffen beschafft und finanziert. Das betrifft konkret die Nachfolge der Tornadokampfbomber in Büchel und das Future Air Combat System, FCAS.**
- 2. kein Austausch der in Deutschland liegenden US Atomwaffen vom Typ B61 gegen modernere und zielgenauere Bomben des Typs B61-12 stattfinden wird.**
- 3. die Nukleare Teilhabe beenden wird. Deutsche Piloten und Flugzeuge dürfen für den Transport und Abwurf von Atomwaffen nicht eingesetzt werden.**
- 4. dem 2017 in der UN Vollversammlung von 122 Staaten beschlossenen Atomwaffenverbotsvertrag beitrifft und als ersten Schritt an der Konferenz der Atomwaffenverbotsstaaten im Januar in Wien als Beobachter teilnehmen wird.**

Diese Punkte entsprechen dem Willen der übergroßen Mehrheit der Menschen hier im Land<sup>2</sup> sowie den Beschlüssen der BAG Frieden<sup>3,4</sup>. Schon im Wahlprogramm von 2017<sup>5</sup> haben wir gesagt: *“Es ist unverantwortlich, dass die schwarz-rote Bundesregierung im August 2016 gegen einen VN-Resolutionsentwurf zum Verbot von Atomwaffen gestimmt hat. Wir werden weiter für die vollkommene atomare Abrüstung kämpfen. Wir GRÜNE fordern den Abzug der letzten Atomwaffen aus Büchel und die endgültige Aufgabe der völkerrechtswidrigen „nuklearen Teilhabe“. Wir sind strikt gegen eine eigenständige atomare Bewaffnung der EU.“*

Auch ein erst kürzlich beschlossener Antrag der Bundestagsfraktion zielt in diese Richtung.<sup>6</sup> Er fordert: *„dem UN-Atomwaffenverbotsvertrags beizutreten und dafür unverzüglich die notwendige Voraussetzung zu schaffen.“*

## Worum geht es?

*“Wir laufen schlafwandelnd in einen neuen Kalten Krieg hinein, und es gibt die sehr reale Gefahr, dass wir in einen Atomkrieg stolpern.“* (William J. Perry, Verteidigungsminister unter Bill Clinton)<sup>7</sup>

Im rheinland-pfälzischen Büchel sind heute noch 20 US-Atombomben stationiert. Jede einzelne besitzt bis zu 13mal die Zerstörungskraft der Hiroshima-Bombe. Diese 20 Bomben sind Überbleibsel aus der heißen Phase des sogenannten Kalten Kriegs. Damals lagerten bis zu 5.000 Atomwaffen überall im damaligen West Deutschland. Das Argument für die Stationierung war damals wie heute, dass sie angeblich der Abschreckung dienen würden.

## Unsere Argumente für die nukleare Abrüstung:

- 1. Die Lagerung von Atombomben mitten in Deutschland ist brandgefährlich.** Im Falle eines heißen Kriegs wären ihr Standort ein erstes Angriffsziel. Die Folgen wären der Tod von Millionen Anwohnern sowie die dauerhafte Verwüstung von Städten, Gemeinden und weiten Landstrichen .
- 2. Die in Deutschland stationierten Atomwaffen können einen Nuklearkrieg auslösen.** Laut Nato handelt es sich zwar im Unterschied zu “strategischen” Langstreckenwaffen um “substrategische” Atombomben. Das bedeutet , dass ihr Einsatz keinen Atomkrieg auslösen können soll, weil sie nur eine geringe Reichweite haben. Selbst hochrangige US-Generäle halten diese Annahme für eine Illusion. Jeder Einsatz von Atombomben würde zum Gegenangriff, dem “Zweitschlag” mit Atomwaffen führen und damit zum Nuklearkrieg.
- 3. Die baltischen Staaten und die Ukraine, die diese Bomben angeblich vor Russland schützen sollen, sind durch sie in Wirklichkeit existenziell bedroht.** Allein durch ihre Verfügbarkeit und die davon ausgehende potentielle Bedrohung kann eine Krise zwischen Ost und West jederzeit zu einem nuklearen Schlagabtausch eskalieren – mit Folgen, die die zu schützenden Staaten für immer verheeren würden.

<sup>1</sup> <https://antraege.gruene.de/46bdk/motion/pdfcollection/93/Antr%C3%A4ge+Kapitel.pdf>

<sup>2</sup> [https://www.greenpeace.de/umfrage\\_atomwaffen\\_2021](https://www.greenpeace.de/umfrage_atomwaffen_2021)

<sup>3</sup> <https://gruene-frieden.de/beitraege-volltext/article/ende-der-nuklearen-teilhabe/>

<sup>4</sup> [https://www.gruene-linke.de/wp-content/uploads/2021/06/Beschlussfassung\\_A3.pdf](https://www.gruene-linke.de/wp-content/uploads/2021/06/Beschlussfassung_A3.pdf)

<sup>5</sup> [https://cms.gruene.de/uploads/documents/BUENDNIS\\_90\\_DIE\\_GRUENEN\\_Bundestagswahlprogramm\\_2017.pdf](https://cms.gruene.de/uploads/documents/BUENDNIS_90_DIE_GRUENEN_Bundestagswahlprogramm_2017.pdf) Seite 84

<sup>6</sup> <https://dserver.bundestag.de/btd/19/258/1925811.pdf>

<sup>7</sup> zitiert nach der Autorin IRA HELFAND in einem Artikel in „The Progressive Magazin“, 01.06.19, mit dem Titel „Ban the Bomb - Before Our Luck Runs Out“ <https://progressive.org/magazine/ban-the-bomb-helfand/>. Demnach hat Perry das vor einem Publikum in Washington D. C. zu Beginn der Amtszeit von Trump, also Q1/2017 gesagt. Es gibt weitere, ähnliche Aussage von ihm.

4. **Atombomben schaffen keinen Frieden und keine Sicherheit.** Ihr Abschreckungspotenzial wird behauptet, ist aber unbewiesen. Seit ihrer Existenz sind auch Atomwaffenstaaten in etliche Kriege verwickelt gewesen. Schon Helmut Schmidt und Henry Kissinger haben eine Abkehr von der Abschreckungsdoktrin gefordert. Die beiden Realpolitiker erkannten ein Sicherheitsdilemma: Atombomben gefährden die Sicherheit, weil immer mehr Regierungen nach ihnen streben – in der trügerischen Annahme, ihre Sicherheit zu erhöhen. Das steigert das Risiko eines Atomkriegs "aus Versehen".
5. **Wir können uns in einer von der Klimakrise bedrohten Welt Atomwaffen nicht leisten.** Allein im letzten, von der Corona-Pandemie geprägten Jahr, haben Atomwaffenstaaten 76,2 Milliarden Euro für die Entwicklung ihrer Nukleararsenale mit insgesamt 13.400 Atombomben aufgewendet. In Deutschland steht die größte qualitative nukleare Aufrüstung seit den 80ern auf der Agenda: Die in Büchel stationierten B61-Bomben sollen durch B61-12-Bomben ersetzt und dadurch präziser lenkbar werden. Die bisherigen Trägersysteme der Bundeswehr, die Tornados, sind veraltet. Das Verteidigungsministerium hat im April 2020 die Anschaffung neuer Trägerflugzeuge vom Typ F18 angekündigt; die Debatte darüber wurde in die nächste Legislaturperiode verlagert. Die Kosten des Aufrüstungsprojekts belaufen sich geschätzt auf mindestens 10 Mrd. Euro. Noch teurer wird Entwicklung des europäischen Atombombersystems FCAS - bis zu 300 Mrd. Euro sollen dafür ausgegeben werden. Eine große Mehrheit der Bevölkerung lehnt neue atomare Trägersysteme parteiübergreifend ab.
6. **Die bisherigen Atomwaffen-Kontroll-Regimes sind Geschichte:** der Nichtverbreitungsvertrag (NVV) wird nicht respektiert; INF-Vertrag und "Open Skies" sind gekündigt. Trotz des NVV gibt es heute mehr Atomwaffenstaaten als beim Abschluss des Vertrages 1968. Die teilnehmenden Staaten, allen voran die USA, Russland und China, rüsten ihre Atomwaffensysteme weiter auf. Sogar Großbritannien, bisher verbal streng am NVV orientiert, hat in diesem März die substanzielle Erweiterung seines Arsenalen verkündet. Eine echte Perspektive auf Abrüstung und Abschaffung der Atomwaffen bietet dagegen der 2017 in der UN-Vollversammlung verabschiedete Atomwaffenverbotsvertrag (AVV). Unter dem Eindruck der humanitären Katastrophe, die jeglicher Einsatz von Atomwaffen verlässlich nach sich ziehen würde, haben ihn 122 UN-Mitgliedsstaaten unterzeichnet – darunter bisher keine Atomwaffen- und Nato-Mitgliedsstaaten.
7. **Der Atomwaffenverbotsvertrag ergänzt den Nichtverbreitungsvertrag und verändert die Abrüstungsdebatte nachhaltig.** Das Überwachungsregime des NVV wird übernommen, anders als bereits öffentlich behauptet wurde. Auf den Konferenzen zum Nichtverbreitungsvertrag kann die "schweigende Mehrheit" der Staaten, die keine Nuklearwaffen besitzen, geschlossener und damit durchsetzungsfähiger auftreten. Frühere Abrüstungsverträge, etwa zu Landminen und Streumunition, zeigen das: Nach anfänglichem energischem Widerstand, insbesondere aus der Nato und Russland, haben diese Übereinkünfte auch das Verhalten der Staaten verändert, die nicht beigetreten sind.
8. **Nato-Staaten, die aus der nuklearen Teilhabe ausscheiden, haben weiter ein Mitspracherecht** innerhalb Nato. Deutschlands Mitspracherechte in der Nuklearen Planungsgruppe und anderen Gremien der Nato wären im Fall eines Beitritts zum AVV laut Nato-Vertrag nicht beeinträchtigt.
9. **Ein Austritt aus der nuklearen Teilhabe ist möglich.** Das beweisen die Nato-Mitgliedsstaaten Kanada und Griechenland, die ihre einstige Teilhabe beendet haben. Spanien, Litauen, Dänemark, Norwegen und Island haben sogar die Stationierung von Atomwaffen auf ihrem Gebiet ausgeschlossen und sind weiter in der Nato.
10. **Mit dem Ende der nuklearen Teilhabe würde Deutschland den Bestimmungen zur Wiedervereinigung nachkommen.** Im "Zwei-plus-Vier"-Vertrag vom 12. September 1990 hat sich das künftig vereinte Deutschland zum Verzicht auf "Herstellung und Besitz und Verfügungsgewalt über ABC-Waffen" verpflichtet.

## Fazit

**Eine neue atomare Aufrüstung, das Ende tatsächlicher Rüstungskontrolle und die tief sitzende Illusion von Sicherheit durch nukleare Abschreckung haben zu einer Situation geführt, die nach Meinung von Expert\*innen gefährlicher ist als zu Hochzeiten des kalten Krieges.**

**Der Atomwaffenverbotsvertrag der Vereinten Nationen bietet einen Ausweg. Eine große Mehrheit der Staatengemeinschaft unterstützt ihn, weil sie Atomwaffen als ständige Gefahr für das gemeinsame globale Überleben sehen.**

**Die künftige Bundesregierung muss unwiderrufliche Schritte für den Beitritt Deutschlands zum Atomwaffenverbotsvertrag und für das Ende der nuklearen Teilhabe einleiten. Die ersten Maßnahmen dafür sind die Teilnahme an der ersten Staatenkonferenz des AVV im Januar 2022**

**UND EINE KLARE ABSAGE AN DIE BESCHAFFUNG NEUER ATOMWAFFEN-TRÄGERSYSTEME.**